



## SPD-Bundestagsfraktion stellt sich der europapolitischen Verantwortung

Der Deutsche Bundestag hat gestern mit den Stimmen der SPD-Bundestagsfraktion den erweiterten Rettungsfonds beschlossen. Die Zustimmung des Bundestages war entscheidend dafür, dass die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) schnell und flexibel auf die kritische Situation in einigen EU-Mitgliedstaaten und zur Stabilisierung der gesamten Währungsunion reagieren kann. Mit ihrer Zustimmung hat die SPD Verantwortung für Europa und den Euro übernommen. Die Alternative wäre ein Zerfall der Währungsunion mit katastrophalen Auswirkungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Wir unterstützen jedoch keineswegs den Kurs der Kanzlerin. Das vorgelegte Gesetz ist zwar notwendig, nicht aber ausreichend, wie der begleitende Entschließungsantrag der SPD-Fraktion verdeutlicht. Dies hat auch Peer Steinbrück in seiner beeindruckenden Plenarrede herausgestellt. Die SPD fordert weitergehende Maßnahmen wie einen Schuldenschnitt für Griechenland, eine Finanztransaktionssteuer und eine Beteiligung der Gläubiger und Banken an der Rettung Griechenlands. Akute Rettungsmaßnahmen für Staaten und Banken einzelner Länder können zeitweise deren Refinanzierung zu zahlbaren Zinsen sicherstellen, Spekulationen gegen Staaten verhindern und Banken stützen. Allerdings bekämpfen sie die Ursachen der verschiedenen Krisen nicht. Schon beim ersten, im Mai 2010 aufgelegten Stabilisierungsmechanismus hat die SPD-Bundestagsfraktion gefordert, die auf diese Weise erkaufte Zeit für die Regulierung der Finanzmärkte, die Stabilisierung des europäischen Bankensystems und die Beseitigung der wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone zu nutzen. Die Bundesregierung hat sich diesen Problemen zögerlich und in vollkommen unzureichender Art und Weise gewidmet.

*128 – Entschließungsantrag der SPD-Bundestagsfraktion für die Abstimmung über die Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen des Europäischen Stabilisierungsmechanismus*

## Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages gestärkt

Bei der strittigen Frage, wie die Beteiligungsrechte des Deutschen Bundestages in der existentiellen Frage der Euro-Rettung gewahrt werden, hat die SPD-Bundestagsfraktion durch hartnäckige Verhandlungen viel erreicht. Zuvor hatte das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass die Abgeordneten des Deutschen Bundestages die Kontrolle über grundlegende haushaltspolitische Entscheidungen behalten müssen. Bislang musste sich die Bundesregierung lediglich um Einvernehmen mit dem Haushaltsausschuss bemühen. Jetzt gibt es echte Zustimmungsrechte. Das bedeutet: Ohne Zustimmung des Bundestages darf die Bundesregierung die jeweilige Maßnahme nicht mittragen, sondern muss sie ablehnen. Das Plenum des Parlaments bekommt eine starke Stellung. Es bestimmt über jede Aufnahme eines Landes in den Rettungsfonds. Es bestimmt über den Rahmenvertrag des EFSF. Es bestimmt über die Überführung des befristeten EFSF in den permanenten Mechanismus des ESM. Keine dieser Entscheidungen kann die Regierung als vertraulich behandeln und überstürzt durch das Parlament jagen. Jede dieser Entscheidungen muss öffentlich verhandelt werden. Dies ist ein großer Gewinn an Transparenz. Das Gesetz stellt sicher, dass gewählte Volksvertreter bei weiteren Maßnahmen zustimmen müssen. Beim "9er Gremium" – neun Abgeordnete, die über vertrauliche und eilbedürftige Maßnahmen entscheiden – haben wir uns an einer entscheidenden Stelle durchgesetzt: Das Gremium wird nicht, wie die Koalition wollte, vom Haushaltsausschuss ernannt; alle Mitglieder dieses Gremiums werden vom ganzen Deutschen Bundestag für die Dauer einer Wahlperiode gewählt. Auch das ist ein Gewinn an demokratischer Legitimation, für den die SPD erfolgreich gestritten hat.

## Für ein neues und faires Kindergeld

Der bestehende Familienleistungsausgleich ist ungerecht. Bisher werden Familien mit höherem Einkommen stärker monetär entlastet als Familien, in denen die Eltern Geringverdiener sind. Für Spitzenverdiener liegt die monatliche Entlastung fast 100 Euro über dem Kindergeld. Gleichzeitig gelingt es im vorherrschenden System nicht, materielle Kinderarmut wirksam zu bekämpfen. Kinder sind heute immer noch ein Armutrisiko für viele Familien.

Die SPD will deshalb den Familienleistungsausgleich vom Kopf auf die Füße stellen. Wir wollen, dass diejenigen mehr bekommen, die weniger verdienen. Um das Ziel eines fairen und gerechten Familienleistungsausgleichs zu erreichen, sollen die steuerliche Entlastungswirkung der bisherigen Kinderfreibeträge in den oberen Einkommensgruppen begrenzt werden und stattdessen ein nach Einkommen gestaffeltes Kindergeld eingeführt werden.

129 – *Leitantrag "Familienland Deutschland: Eckpunkte einer sozialdemokratischen Familienpolitik"*,

#### **Anerkennungsgesetz für ausländische Berufsabschlüsse vorlegen**

Gerade angesichts des Fachkräftemangels ist die Integration von gut ausgebildeten, qualifizierten Einwanderern eine der wichtigsten Aufgaben zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Doch gerade die Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse gestaltet sich in Deutschland äußerst schwierig. Die Vielfalt voneinander abweichender Regelungen des Bundes, der Länder und der Europäischen Union, die zersplitterten Zuständigkeiten und die uneinheitliche Verwaltungspraxis der Länder führen zu unübersichtlichen und langwierigen Anerkennungsverfahren. Außerdem gibt es keinen generellen Rechtsanspruch auf Durchführung eines Anerkennungsverfahrens. Wir fordern die Bundesregierung auf, schnellstmöglich einen allgemeinen Rechtsanspruch auf die Durchführung eines Anerkennungsverfahrens für alle ausländischen Aus- und Fortbildungsberufe sowie akademischen Abschlüsse zu schaffen. Dazu brauchen wir bundesweit einheitliche Verfahrensstandards und Entscheidungskriterien, aber auch ein dezentrales System ausreichender Beratungsstellen für Anerkennungsinteressierte. So kann eine Frist von maximal sechs Monaten bis zur Entscheidung vorgesehen werden. Wir fordern die Möglichkeit von Nachqualifizierungen, für die ausreichende finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssen, auch für die bedarfsabhängige Unterstützung zum Lebensunterhalt in dieser Zeit. Schließlich fordern wir die Einführung einer statistischen Erfassung und Auswertung zu den Anerkennungsverfahren, um den Erfolg dieser Maßnahmen bewerten zu können.

130 – *Antrag der SPD-Bundestagsfraktion "Durch Vorrang für Anerkennung Integration stärken – Anerkennungsgesetz für ausländische Abschlüsse vorlegen"*

#### **EU-Weißbuch Verkehr – Neuausrichtung der integrierten Verkehrspolitik**

Die Europäische Kommission hat mit dem Weißbuch "Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem" die Grundlage für einen umfassenden Strukturwandel vorgelegt. Die Verkehrspolitik soll künftig zur Vollendung des europäischen Binnenmarktes beitragen und zugleich das Klima schützen sowie für mehr Verkehrssicherheit sorgen. Zu den geplanten Maßnahmen gehören unter anderem eine bessere Koordinierung der Verkehrsplanung der Mitgliedsstaaten, ein Ausbau des öffentlichen Fern- und Nahverkehrs, sowie eine Förderung der Erforschung energieeffizienter und lärmarmere Fahrzeuge. Diese ambitionierten Ziele sollte die Bundesregierung grundsätzlich unterstützen.

Einige Punkte bleiben im Weißbuch allerdings offen, zum Beispiel die Finanzierung. Hier muss die Bundesregierung sicherstellen, dass schnellstmöglich Planungssicherheit hergestellt wird. Wir fordern zudem, dass die nationale Verkehrspolitik mit den europäischen Zielen abgestimmt wird, wobei die einzelnen Maßnahmen stets nach den Kriterien der sozialen Gerechtigkeit und dem Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu prüfen sind.

131 – *Antrag der SPD-Bundestagsfraktion "EU-Weißbuch Verkehr – Neuausrichtung der integrierten Verkehrspolitik in Deutschland und in der Europäischen Union nutzen"*

#### **Impressum**

Herausgeber & V.i.S.d.P.: Dr. Martin Schwanholz, MdB – Platz der Republik 1 – 11011 Berlin,  
Redaktion: Dr. Martin Schwanholz, Vera Heitmann

Die "Nachrichten aus Berlin" erscheinen sitzungswöchentlich. Sie dienen der Information der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Region Osnabrück über politische Ereignisse, gesetzgeberische Maßnahmen und Vorhaben der Bundesregierung, der SPD-Bundestagsfraktion und des Deutschen Bundestages. Sie stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar. Diese sind als solche gekennzeichnet. Unter den jeweils angegebenen Nummern sind die vollständigen Texte im Berliner Abgeordnetenbüro erhältlich.